Migrationspolitik

Macrons Ideal und die Realität

Von Joudy El-Asmar*

» Der folgende Text der jungen libanesischen Journalistin Joudy el-Asmar entstand im Rahmen des Projekts „Eine andere Perspektive. Schreiben über Exil und Migration" anlässlich einer einer Recherchereise nach Lyon. Was sind die Herausforderungen der Migrationspolitik unter Macron? Wie sehen MigrantInnen in Frankreich und die Zivilgesellschaft die aktuelle Diskussion? Eine Perspektive auf das Thema.

Urteile und Vorurteile, so genannte und unausgesprochene, Gewissheiten und Zweifel: Wie in vielen anderen europäischen Ländern breiten sich auch in Frankreich viele Kontroversen um die Migrationspolitik aus. Befeuert wird die Diskussion In Frankreich durch die aktuellen Debatten um das „Asyl- und Einwanderungsgesetz", das eine starke öffentliche Wahrnehmung hat. Das Gesetz, das inzwischen in zweiter Lesung von der Nationalversammlung am 26. Juli 2018 verabschiedet wurde, zielt insbesondere darauf ab, die Prüfung des Asylantrags auf sechs Monate zu beschränken – verglichen mit heute elf Monaten. So sollen berechtigt Asylsuchende schneller aufgenommen werden können – und andere schneller ausgewiesen und abgeschoben werden können.

Fragt man die Menschen im Libanon nach ihrer Meinung zur aktuellen französischen Politik, vertreten sie zwei gegensätzliche Ansichten zu diesem Thema. Eine Mehrheit hält Frankreich nach wie vor für „die Heimat der Menschenrechte", das sich seine Milde gegenüber Einwanderern, insbesondere Muslimen im Ausland, bewahrt habe „trotz der Terroranschläge in Paris". Andere Libanesen schließen sich der harten Kritik an Präsident Emmanuel Macron und der Verschärfung der Einwanderungsverfahren an.

Und während zivilgesellschaftliche Organisationen, Vertreter der politischen Linken und ihre Anhänger gegen das von Emmanuel Macron neu eingebrachte Gesetz protestieren, wenden die anderen ein, der französische Präsident wolle durch seine Initiative die Einwanderung im Geiste von „Gerechtigkeit und Effizienz" organisieren und es handle sich um eine klare Verbesserung dank kürzerer Fristen für die Prüfung von Asylanträgen.

Kürzere Prüfzeiten können das Verfahren ungenauer machen

Laure Chebbah-Malicet, Lehrerin an der Sciences Po Lyon, promovierte in Politikwissenschaft und ist Expertin für öffentliche Einwanderungspolitik in Frankreich. DieVerkürzung der Fristen bei der Prüfung von Asylanträgen impliziere dass „we-

* Joudy El-Asmar ist eine junge libanesische Journalistin, die einen Master-Abschluss in Französisch und Literatur hat. Als Mitglied des Netzwerks *„Global Shapers" – World Economic Forum* engagiert sie sich in Projekten zur Ethnopolitik und sozialen Gerechtigkeit. Der Artikel wurde im Rahmen des Projekts „Perspektivwechsel: Schreiben über Exil und MIgration" geschrieben.

niger Zeit, aber auch weniger Qualität bei der Bearbeitung von Fällen" eingesetzt werde. Sie erklärt, dass „wir durch die Verkürzung der Zeit von einem Jahr auf 21 Tage auch die Zeit und die Möglichkeit verkürzen, in der die betroffenen Menschen sagen können, was mit ihnen passiert ist. Und das geht zu Lasten der Qualität der gründlichen Überprüfung der Asylanträge und aller vorliegenden Informationen."

Asylsuchende hätten oft Schwierigkeiten, einen „ordentlichen" Dolmetscher zu finden, so Laure Chebbah-Malicet, die auf die Schwäche des öffentlichen Dolmetschsystems hinweist. In der Praxis „erfordert ein Asylantrag mindestens 10 bis 15 Stunden bei einer entsprechenden Person, um gegenüber der französischen Flüchtlingsbehörde Ofpra (Office Français de Protection des Réfugiés et Apatrides) ordnungsgemäß und umfassend Rechenschaft ablegen zu können. Wenn nicht auf einen richtigen Übersetzer zurückgegriffen werden kann, dann werden tausende von Geschichten ungenau". Oft würden statt ordentlicher Übersetzer Verwandte eingesetzt oder ihnen nahe stehende Personen und manchmal sogar Minderjährige ersetzt, die zwar besser Französisch sprechen als ihre Eltern – aber ungenau übersetzen.

Laure Chebbah-Malicet, die mit Asylsuchenden im Departement Rhône zusammenarbeitet, ist mit der Situation vor Ort vertraut und fordert: „Damit die geplante Verkürzung der Fristen auch den Betroffenen zugute kommen kann, wäre es erforderlich, deutlich mehr Mittel in die Durchführung der Asylverfahren zu investieren." Es geht aus ihrer Sicht darum, dass sich die „guten" Absichten in der Schaffung von Strukturen niederschlagen, durch die Asylbewerber unterstützt werden. Diese sind bisher jedoch kaum vorhanden. „Es gibt zum Beispiel im gesamten Departement Rhône nur einen Verband, der sich mit diesen Asylanträgen befasst und sich um die Unterbringung der Antragsteller kümmert", sagt sie.

Darüber hinaus werden in Frankreich Sprachkurse nur für Flüchtlinge angeboten, deren Asylanträge angenommen wurden – für die also der Aufenthaltsstatus geklärt ist. In Deutschland hingegen könnten Migranten bereits kurz nach ihrer Ankunft und noch während der Bear-beitung ihres Antrags die Sprache lernen. Laut Laure Chebbah-Malicet, „müssen sie sich in Frankreich auf den Wartelisten der vom Staat eingerichteten lokalen Lernplattformen registrieren". So kann es achtzehn Monate oder zwei Jahre dauern, bis man die Sprache des Landes gelernt hat. Während dieser Zeit sind Asylbewerber weitgehend vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen.

Wohnen und Gesundheit: Sparen an den falschen Stellen

Das System zur Aufnahme von Bewerbern schränkt die Autonomie von Familien ein. Laure Chebbah-Malicet spricht über die „Infantilisierung" dieser Familien, die zuvor in preiswerten Hotels untergebracht waren und ihre Kinder in benachbarten Schulen einschrieben. Von nun an sind diese Familien nicht mehr in der Stadt Lyon, sondern außerhalb untergebracht, und sie sind mit viel restriktiveren Lebensbedingungen konfrontiert: eine Gemeinschaftsküche, ein gemeinsames Zimmer von Eltern und Kindern, eine lange Reise zu Schulen und Märkten. Neben den zukünftigen sozialen Auswirkungen sind diese Wohnmaßnahmen wirtschaftlich aufwendiger. Laure Chebbah-Malicet fährt fort: „Sicherlich spart diese Richtlinie Hostingkosten, aber sie sollte überdacht werden."

Ausländer mit oder ohne Dokumente haben vorerst nur minimalen Zugang zur Gesundheitsversorgung, „aber seit einigen Jahren versuchen vor allem republikanische Abgeordneten, die staatliche medizinische Hilfe für nicht registrierte Migranten noch weiter zu beschränken", kritisiert die Spezialistin für öffentliche Einwanderungspolitik in Frankreich.

Kritik für das neue Gesetz bekam Macron auch aus dem eigenen Lager: Einige Abgeordnete der Macron Partei *La Republique en marche* fanden den neuen Gesetzentwurf zu hart und drohten, die Abstimmung zu boykottieren. Tatsächlich nahmen fünfzehn von ihnen an der Abstimmung der ersten Lesung nicht teil. So verurteilte Jean-

© Joudy El-Asmar

Laure Chebbah Malicet kennt als Expertin die Herausforderungen der Migrationspolitik.

Michel Clément, ein auf Ausländerrecht spezialisierter Anwalt, den Text aufgrund seiner repressiven Logik.

Für Laure Chebbah-Malicet hat die aktuelle Debatte zur Einwanderung dennoch positive Aspekte: „Wir haben seit 15 Jahren keine Einwanderungspolitik mehr diskutiert. Stattdessen haben wir sie mehr passiv durchlitten."

Das Modell der „Pflegemutter" Frankreich

Trotz aller ungünstigen Aspekte der Situation von Ausländern in Frankreich ist das Land nach wie bevorzugtes Gastland für viele Libanesen, „die Pflegemutter des Libanon". Laut der Website *Medias-presse.info* lebten 2017 rund 225 000 Libanesinnen und Libanesen in Frankreich. Durch das libanesische Bildungs- und Schulsystem werde dieses Bild einer Pflegemutter aufrechterhalten. „Bilder ändern sich immer nur langsam", sagt Laure Chebbah-Malicet. „Es ist ein idealistisches Modell, das bereits durch das Erlernen der französischen Sprache im Libanon vermittelt wird, aber es gibt eine deutliche Lücke zwischen Theorie und Realität. Und auch wenn das als Werbung und „Soft Power" weiterhin von Frankreich ins Ausland vermittelt wird, sieht die Realität doch ganz anders aus", sagt sie.

Frankreich habe zwar im französischsprachigen Afrika, im Maghreb an Boden verloren und die Verbindungen mit Syrien hätten sich bereits vor längerer Zeit gelockert, doch habe es zum Libanon weiterhin sehr enge Verbindungen. Das liegt auch an der Religionsvielfalt im Libanon und seinem hohen Anteil Christen in der Bevölkerung. Der Libanon aber ist auch deshalb eine Ausnahme, weil Frankreich seit dem 19. Jahrhundert mit seiner Entscheidung zum Schutz der Christen im Nahen Osten eine enge Verbindung aufgebaut hat.

Laure Chebbah-Malicet, weist auch darauf hin, dass es heute weniger Migranten gebe als in den 1950er- oder 1960er-Jahren: „In diesen Jahren wurden Migranten gesucht, weil es eine wirtschaftliche Notwendigkeit gab." Auch damals habe Frankreich diese Flüchtlinge vor allem deshalb bereitwillig aufgenommen, weil es ein gegenseitiges wirtschaftliches Interesse gegeben habe. „Und an den Eckpunkten der Diskussionen hat sich seitdem nicht viel geändert."